



ALLGEMEINE EINKAUFSBEDINGUNGEN

Pfeifer Holz Schlitz GmbH & Co KG

1. Allgemeine Bestimmungen/Geltungsbereich/Form

- 1.1 Die vorliegenden „Allgemeinen Einkaufsbedingungen“ (nachfolgend nur „Einkaufsbedingungen“) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten, insbesondere für sämtliche Lieferungen und Leistungen (unter Einschluss von Werk - und Kaufverträgen), die von einem Lieferanten oder Dienstleister (nachfolgend nur „Lieferanten“) gegenüber der Pfeifer Holz Schlitz GmbH & Co KG (nachfolgend „Gesellschaft“) erbracht werden. Die Einkaufsbedingungen gelten nur, wenn der Lieferant Unternehmer (§ 14 BGB), juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- 1.2 Alle Lieferungen, Leistungen und Angebote der Lieferanten erfolgen ausschließlich auf Basis dieser Einkaufsbedingungen. Die Einkaufsbedingungen sind untrennbarer Bestandteil aller Verträge und Bestellungen (nachfolgend nur „Verträge“), die zwischen der Gesellschaft und dem Lieferanten über die von ihnen angebotenen Lieferungen oder Leistungen abgeschlossen werden und gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Lieferant die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die Einkaufsbedingungen einschließlich der Regeln für den Vertragsabschluss in der zum Zeitpunkt der Bestellung der Gesellschaft gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge und Lieferungen oder Leistungen, ohne dass die Gesellschaft in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müsste.
- 1.3 Diese Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegengesetzte oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten oder von Dritten finden keine Anwendung, auch wenn deren Geltung im Einzelfall nicht gesondert widersprochen wird. Sie werden nur dann und soweit Vertragsbestandteil, als die Gesellschaft ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn die Gesellschaft in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten oder eines Dritten dessen Lieferung vorbehaltlos annimmt. Selbst wenn auf ein Schreiben Bezug genommen wird, das Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten oder eines Dritten enthält, oder auf solche verweist, liegt darin keine Zustimmung zu deren Geltung.
- 1.4 Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Lieferanten (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen Einkaufsbedingungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises der Partei, die sich auf etwas anderes beruft, ein schriftlicher Vertrag bzw. die schriftliche Bestätigung der Gesellschaft maßgebend. Alle Vereinbarungen, die zwischen der Gesellschaft und dem Lieferanten zwecks Ausführung des Vertrages getroffen werden, sind in einem Vertrag schriftlich festzuhalten.
- 1.5 Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Lieferanten in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt,) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

2. Angebot/Vertragsabschluss

- 2.1 Die vom Lieferanten erstellten Angebote sind für die Gesellschaft unentgeltlich und begründen keine Verpflichtung zum Vertragsabschluss für die Gesellschaft. Die Bestellung der Gesellschaft gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat der Lieferant die Gesellschaft zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen. Der Lieferant hat die ihm mit der Anfrage oder Ausschreibung überlassenen Unterlagen (z. B. Leistungsbeschreibung, Zeichnungen, Berechnungen usw.) vor Abgabe seines Angebotes auf etwaige Mängel zu überprüfen und etwaige Bedenken gegen die vorgesehene Art der Ausführung vor Abgabe seines Angebotes der Gesellschaft schriftlich anzumelden.
- 2.2 Der Lieferant ist gehalten, binnen einer Frist von maximal drei (3) Werktagen eine von der Gesellschaft getätigte verbindliche Bestellung (Antrag auf Abschluss eines Vertrages), die auch auf elektronischem Wege erklärt werden kann, anzunehmen, indem er eine Bestätigung zurücksendet, die auch auf elektronischem Wege erklärt kann, oder indem die Bestellung durch Versendung der Ware vorbehaltlos ausführt (Annahme). Mit der Annahme kommt der Vertragsabschluss zustande. Jede Annahme unter Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstigen Änderungen, unter Vorbehalt oder unter jeglichen Nachträge gilt als Ablehnung verbunden mit einem neuen Antrag und bedarf einer schriftlichen Annahme durch Zustimmung der Gesellschaft; ohne diese Zustimmung entsteht kein Vertrag, selbst wenn geltend gemachte Vorbehalte oder Änderungen die Bedingungen der Bestellung nicht wesentlich ändern. Eine verspätete Annahme gilt als neuer Antrag und bedarf der Annahme durch die Gesellschaft.

3. Liefer-/Leistungszeit und Schuldnerverzug

- 3.1 Die von der Gesellschaft in der Bestellung angegebene Liefer- oder Leistungszeit ist bindend. Wenn die Liefer- oder Leistungszeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie vier Wochen ab Bestelldatum. Der Lieferant ist verpflichtet, die Gesellschaft unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Liefer- oder Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann, wobei er die Gründe und die voraussichtliche Dauer der Verzögerung mitzuteilen hat. Die vorzeitige Lieferung oder Leistung bedarf, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, der ausdrücklichen vorherigen schriftlichen Zustimmung der Gesellschaft; etwaige hierdurch entstehende Mehrkosten und Risiken trägt ausschließlich der Lieferant.
- 3.2 Lieferungen und Leistungen des Lieferanten gelten nur dann als rechtzeitig, wenn der Gesellschaft auch die vertraglich geschuldeten oder gesetzlich bzw. behördlich vorgeschriebenen Prüf- oder Ursprungszeugnisse, Betriebs- und Bedienungsanleitungen, technischen und sonstigen Dokumentationen sowie Fracht- und Zolldokumente bis zum Fristablauf der Liefer- oder Leistungszeit vollständig zur Verfügung gestellt wurden.
- 3.3 Erbringt der Lieferant seine Leistung oder Lieferung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten oder nach Z.Z. 3.1 Satz 2 dieser Einkaufsbedingungen maßgebenden Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich die Rechte der Gesellschaft – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Z. 3.4 bleiben unberührt.
- 3.4 Ist der Lieferant in Verzug, kann die Gesellschaft – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz ihres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Gesamtnettopreises (exklusive Umsatzsteuer) pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 10 % des Nettopreises (exklusive Umsatzsteuer) der verspätet gelieferten Ware oder erbrachten Leistung. Dies gilt auch dann, wenn der Lieferant nach dem vereinbarten Liefer- oder Leistungstermin eine Teillieferung oder -leistung erbringt und diese von der Gesellschaft angenommen wird. Der Gesellschaft bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

4. Vertragsdurchführung / Leistung / Lieferung / Gefahrübergang / Annahmeverzug / Änderungsvorbehalt

- 4.1 Der Lieferant ist zu Teilleistungen nicht berechtigt (§ 266 BGB). Er schuldet die vollständige Lieferung oder Leistung auch dann, wenn der Vertrag nicht alle Einzelteile oder Teilleistungen ausdrücklich aufführt. Sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, bedürfen Teillieferungen oder -leistungen der ausdrücklichen vorherigen schriftlichen Zustimmung der Gesellschaft; etwaige hierdurch entstehende Mehrkosten und Risiken trägt ausschließlich der Lieferant.
- 4.2 Der Lieferant ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Gesellschaft nicht berechtigt, die geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Lieferant trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).
- 4.3 Falls aufgrund der Spezifizierung der Lieferung oder Leistung Zweifel hinsichtlich des Umfangs oder der technischen bzw. sonstiger Parameter entstehen würden oder könnten, ist der Lieferant verpflichtet, die Gesellschaft darüber unverzüglich in Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), bei besonderer Dringlichkeit zusätzlich per persönlicher oder telefonischer Besprechung in Kenntnis zu setzen und auf Präzisierung bzw. Anweisung durch die Gesellschaft zu warten, bevor er die Durchführung der Lieferung und Leistung vornimmt. Die Gesellschaft hat die Präzisierung bzw. Anweisung ihrerseits ohne schuldhaftes Zögern zu erklären.
- 4.4 Der Lieferant hat die Lieferungen und Leistungen entsprechend der dem Vertrag zugrundeliegenden technischen Unterlagen und sonstigen Spezifikationen auszuführen. Will der Lieferant von den Vorgaben abweichen, hat er dies unter Angabe der Hersteller, Typenbezeichnung, Preise und Begründung anzuzeigen und die schriftliche Zustimmung der Gesellschaft vorab einzuholen. Technische Unterlagen, die der Lieferant zu erstellen hat, sind der Gesellschaft stets rechtzeitig vorzulegen, sodass notwendig erscheinende Änderungen eingearbeitet werden können.
- 4.5 Als Lieferbedingung gilt DDP (Delivered Duty Paid, Incoterms 2020), als vereinbart, es sei denn im Einzelfall ergibt sich ausdrücklich etwas anderes aus dem Vertrag; dabei wird auf den in der Bestellung angegebenen Bestimmungsort abgestellt. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an den Geschäftssitz der Gesellschaft zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung oder Leistung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).
- 4.6 Der Lieferant hat auf Ein- und Ausfuhrbeschränkungen unaufgefordert hinzuweisen. Betreffen solche Beschränkungen den Gegenstand seiner Lieferung oder Leistung, so hat er auf seine Kosten notwendige behördliche oder sonstige Genehmigungen zu beschaffen.

- 4.7 Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie Bestellkennung der Gesellschaft (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so hat die Gesellschaft hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist der Gesellschaft eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- 4.8 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf die Gesellschaft über. Soweit eine Abnahme vereinbart oder sonst geschuldet ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn sich die Gesellschaft im Annahmeverzug befindet.
- 4.9 Für den Eintritt des Annahmeverzugs der Gesellschaft gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Lieferant muss der Gesellschaft seine Lieferung oder Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der Gesellschaft (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Gerät die Gesellschaft in Annahmeverzug, so kann der Lieferant nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Lieferanten herzustellende, unvertretbare Sache (insbesondere Einzelanfertigung), so stehen dem Lieferanten weitergehende Rechte nur zu, wenn die Gesellschaft sich zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten hat.
- 4.10 Die Gesellschaft ist bei Vorliegen eines triftigen Grundes nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Interessen des Lieferanten (§ 315 BGB) berechtigt, Zeit und Ort der Lieferung sowie die Art der Verpackung durch schriftliche Mitteilung vor dem vereinbarten Liefer- oder Leistungstermin mit einer im jeweiligen Einzelfall angemessenen Anzeigefrist, welche mindestens 14 Kalendertage zu betragen hat, zu ändern. Gleiches gilt für Änderungen von Produktspezifikationen, sofern die Gesellschaft einen triftigen Grund hat und soweit diese Änderungen im Rahmen des normalen Produktionsprozesses des Lieferanten ohne unzumutbaren Zusatzaufwand umgesetzt werden können. Handelsübliche Mengen- oder Qualitätstoleranzen gelten stets als zulässige Änderung. Über hierdurch entstehende Mehr- oder Minderkosten ist vor Durchführung der jeweiligen Änderung eine Vereinbarung zu treffen. Haben solche Änderungen Lieferverzögerungen zur Folge, die sich nicht im normalen Produktions- und Geschäftsbetrieb des Lieferanten mit zumutbaren Anstrengungen vermeiden lassen, ist der Lieferant zur unverzüglichen Mitteilung gegenüber der Gesellschaft und zur Einholung der schriftlichen Zustimmung betreffend die Lieferverzögerung verpflichtet. Der Lieferant hat die von ihm bei sorgfältiger Einschätzung zu erwartenden Mehrkosten oder Lieferverzögerungen unverzüglich und rechtzeitig, mindestens jedoch innerhalb von fünf Werktagen nach Zugang der jeweiligen Änderungsmitteilung schriftlich anzuzeigen. Widrigenfalls entsteht ihm kein Anspruch wegen etwaiger Mehrarbeiten oder auf Ersatz etwaiger Mehrkosten.
- 4.11 Werden im Werk der Gesellschaft Montagen, Wartungen, Inspektionen, Instandsetzungen etc. durchgeführt, so gelten hierfür die standortbezogenen Sicherheitsrichtlinien für Fremdfirmen.

5. Preise und Zahlungsbedingungen

- 5.1 Soweit in Einzelvereinbarungen nicht anders geregelt, sind die in der Bestellung genannten Preise Festpreise und für die Vertragsdauer verbindlich. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- 5.2 Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Lieferanten (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
- 5.3 Soweit in Einzelvereinbarungen nicht anders geregelt, ist der vereinbarte Preis innerhalb von 14 Tagen unter Abzug von 3 % Skonto oder innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung oder Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung, wobei die Zahlungsfrist jedoch nicht vor Bereitstellung der in Z. 2.10 genannten Unterlagen zu laufen beginnt. Leistet die Gesellschaft innerhalb von 14 Kalendertagen ab vorgenanntem Beginn der Zahlungsfrist, gewährt der Lieferant 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Für die Rechtzeitigkeit der geschuldeten Zahlung genügt bei Banküberweisung der Eingang des Überweisungsauftrages bei der Bank der Gesellschaft; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken ist die Gesellschaft nicht verantwortlich.
- 5.4 Die Gesellschaft schuldet keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- 5.5 Die Zahlung bedeutet keine Anerkennung von Konditionen und Preisen des Lieferanten. Der Zeitpunkt der Zahlung hat auf die Gewährleistung des Lieferanten oder andere Rechte aus der Mangelhaftigkeit der Leistung keinen Einfluss.

- 5.6 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrags stehen der Gesellschaft in gesetzlichem Umfang zu. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange der Gesellschaft noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Lieferanten zustehen.
- 5.7 Der Lieferant hat ein Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

6. Rechnungsstellung

- 6.1 Rechnungen dürfen nicht der Ware/Lieferung beigelegt werden.
- 6.2 Die Rechnung ist unter Anführung sämtlicher Bestelldaten (Bestellnummer, Projektnummer, Auftragsbezeichnung, Ansprechperson der Gesellschaft) und Angabe der Umsatzsteuer-ID- Nummer in einer gesetzlich entsprechenden Form nach vollständig erbrachter Leistung an die Gesellschaft zu senden. Rechnungen, die diesen Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Bestellkennzeichen nicht entsprechen, können zurückgewiesen werden. Der Lieferant hat die Rechnung prüfbar und übersichtlich aufzustellen und dabei die Reihenfolge der Positionen und die Bezeichnungen der Vertragsunterlagen einzuhalten.
- 6.3 Rechnungen sind einheitlich an die im Vertrag angeführte Rechnungsadresse zu stellen.
- 6.4 Zahlungsfristen laufen von dem festgelegten Zeitpunkt an, frühestens vom Liefer- und Rechnungseingang. Fallen Waren- und Rechnungseingang auseinander, so läuft die Zahlungsfrist erst ab dem Zeitpunkt, ab dem sowohl der Waren- als auch der Rechnungseingang erfolgt sind.
- 6.5 Die Rechnung wird nur beglichen, falls sämtliche durch die geltenden Rechtsvorschriften festgelegte Bestandteile für einen ordentlichen Steuer- und Buchungsbeleg enthalten sind und die Rechnung entweder per Post an die Rechnungsadresse der Gesellschaft oder elektronisch an die Rechnungs-E-Mail-Adresse des jeweiligen Werkes zugestellt wird. Die Adressen, Bedingungen und Informationen zur Digitalen Rechnungsabwicklung sind auf der Unternehmenswebseite abrufbar: <https://www.pfeifergroup.com/de/service/wissenswertes/einkaufsbedingungen/>
- Sämtliche durch Nichteinhaltung dieser Pflicht entstandenen Folgen trägt der Lieferant.
- 6.6 Der in der Rechnung angeführte Preis muss in derselben Währung wie im Vertrag ausgewiesen werden.

7. Leistungshindernis / Höhere Gewalt

- 7.1 Kann der Lieferant eine vertragliche Leistung aufgrund höherer Gewalt ganz oder teilweise nicht erbringen, wird er ab Anzeige an die Gesellschaft insoweit für die Dauer des Leistungshindernisses von der Pflicht zur Leistung frei, er verliert jedoch den auf die entsprechende Leistung entfallenden Anteil des Vergütungsanspruchs. Erfolgt die Anzeige nicht oder nicht unverzüglich, hat der Lieferant für Schäden, die der Gesellschaft infolge der nicht oder nicht unverzüglichen Anzeige entstanden sind, einzustehen,
- 7.2 Höhere Gewalt i.S.v. Z. 7.1 liegt vor, wenn das Leistungshindernis auf einem von außen kommenden, außergewöhnlichem Ereignis beruht, dessen Eintritt außerhalb des Einflussbereichs des Lieferanten einschließlich seiner etwaigen Unterauftragnehmer und Lieferanten steht und auch durch die äußerste, billigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vorausgesehen und verhütet werden kann. Schon das geringste Verschulden schließt höhere Gewalt aus.
- 7.3 Hat die Dauer des aufgrund höherer Gewalt berechtigterweise vom Lieferanten geltend gemachten Hindernisses zur Folge, dass der Gesellschaft dasjenige, was sie kraft des Vertrages berechtigterweise erwarten durfte, in erheblichem Maße entzogen wird, so hat sie ein außerordentliches Kündigungsrecht mit für den Einzelfall angemessener Kündigungsfrist.
- 7.4 Ein Rücktritt oder eine Kündigung durch den Lieferanten infolge höherer Gewalt ist – mit Ausnahme von Fällen des § 648a BGB und von Fällen gemäß nachfolgender Z. 7.5 – ausgeschlossen.
- 7.5 Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, hat jede Partei ein außerordentliches Recht zur Kündigung des Vertrags, wenn die Dauer des aufgrund höherer Gewalt berechtigterweise geltend gemachten Hindernisses 120 Kalendertage überschreitet oder die Erbringung der Leistung aus dem Vertrag vollständig und dauerhaft unmöglich ist.

8. Leistungsstörung/Gewährleistung/Haftung

- 8.1 Für die Rechte der Gesellschaft bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Lieferanten gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. Die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche stehen der Gesellschaft in jedem Fall ungekürzt zu.
- 8.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Lieferant (Verkäufer) insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf die Gesellschaft die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Be-

zeichnung oder Bezugnahme in der Bestellung der Gesellschaft – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese Einkaufsbedingungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von der Gesellschaft, vom Lieferanten oder vom Hersteller stammt.

- 8.3 Der Lieferant haftet ferner dafür, dass seine Produkte jeweils dem neuesten Stand der Technik, den einschlägigen Vorschriften und behördlichen Anordnungen entsprechen, sowie für den vorgesehenen Verwendungszweck uneingeschränkt geeignet sind. Er hat für eine ordnungsgemäße Qualitätssicherung nebst eingehender Produktausgangskontrolle zu sorgen und dies auf Verlangen nachzuweisen. Über gesetzliche Vorschriften und behördliche Anordnungen hat sich der Lieferant auch dann eigenverantwortlich kundig zu machen, wenn sich die dem Lieferanten bekannte Verwendungsstelle im Ausland befindet.
- 8.4 Zu einer Untersuchung der Ware und Produkte oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel ist die Gesellschaft bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 Satz 2 BGB stehen der Gesellschaft Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn ihr der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- 8.5 Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 371, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungspflicht der Gesellschaft beschränkt sich auf Mängel, die bei ihrer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei ihrer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Die Rügepflicht der Gesellschaft für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet der Untersuchungspflicht der Gesellschaft gilt die Rüge der Gesellschaft (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw. bei offensichtlichen Mängeln ab Lieferung abgesendet wird.
- 8.6 Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; der gesetzliche Anspruch der Gesellschaft auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Lieferant auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung der Gesellschaft bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet die Gesellschaft jedoch nur, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.
- 8.7 Unbeschadet der gesetzlichen Rechte und der Regelungen in vorstehenden Ziffern gilt: Kommt der Lieferant seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach Wahl der Gesellschaft durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von ihr gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so kann die Gesellschaft den Mangel selbst beseitigen und vom Lieferanten Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Lieferanten fehlgeschlagen oder für die Gesellschaft unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird die Gesellschaft den Lieferanten unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten. In diesen Fällen hat der Lieferant die erforderlichen Unterlagen (z. B. Pläne, Zeichnungen usw.) und Daten auf erstes Anfordern vollständig und unverzüglich zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft ist in diesem Fall berechtigt, den mit der Selbst- oder Ersatzvornahme beauftragten Dritten alle Informationen zu geben und alle Unterlagen auszuhändigen, die dafür erforderlich sind. Eine abweichende Geheimhaltungsvereinbarung steht dem nicht entgegen.
- 8.8 Im Übrigen ist die Gesellschaft bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem hat die Gesellschaft nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz, insbesondere auch auf den Schadensersatz neben der Leistung.

9. Lieferantenregress

- 9.1 Die gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen der Gesellschaft neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Lieferanten zu verlangen, die sie ihrem Abnehmer im Einzelfall schuldet. Das gesetzliche Wahlrecht der Gesellschaft (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.
- 9.2 Bevor die Gesellschaft einen von ihrem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennt oder erfüllt, wird sie den Lieferanten benachrichtigen

und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von der Gesellschaft tatsächlich gewährte Mängelanspruch als ihrem Abnehmer geschuldet. Dem Lieferanten obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

- 9.3 Die Ansprüche der Gesellschaft aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch die Gesellschaft oder einen anderen Unternehmer, z. B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

10. Produzentenhaftung

- 10.1 Ist der Lieferant für einen Produktschaden verantwortlich, hat er die Gesellschaft insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- 10.2 Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Lieferant Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich durch die Gesellschaft durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen wird die Gesellschaft den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 10.3 Der Lieferant hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens dem doppelten Auftragswert, mindestens jedoch € 2.000.000,00 (zwei Millionen Euro) pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten sowie auf Verlangen nachzuweisen. Stehen der Gesellschaft über diesen Betrag hinausgehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

11. Verjährung

- 11.1 Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 11.2 Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen die Gesellschaft geltend machen kann.
- 11.3 Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit der Gesellschaft wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.
- 11.4 Der Lieferant wird der Gesellschaft auf erstes Anfordern seine Ansprüche gegen seinen Unterlieferanten oder Hersteller/ Subunternehmer kostenfrei abtreten, sofern Schadenersatzansprüche seitens der Gesellschaft gegen den Lieferanten mangels Herstellereigenschaft nicht bestehen.

12. Versicherung

- 12.1 Der Lieferant ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens dem doppeltem Auftragswert, mindestens jedoch € 2.000.000,00 (zwei Millionen Euro) pro Personenschaden/Sachschaden - pauschal – abzuschließen und eine Versicherungsbestätigung auf Verlangen nachzuweisen; stehen der Gesellschaft über diesen Betrag hinausgehende Schadenersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.
- 12.2 Der Abschluss einer speziellen Montageversicherung neben der Haftpflichtversicherung bedarf im Einzelfall einer Festlegung zwischen der Gesellschaft und dem Lieferanten.

13. Verpackung

- 13.1 Die Verpackungskosten trägt der Lieferant. Auf Anforderung der Gesellschaft hat der Lieferant das Verpackungsmaterial auf eigene Kosten nach durchgeführter Lieferung zu entsorgen.
- 13.2 Falls die Art und Weise der Verpackung und Absicherung des Vertragsgegenstandes für den Transport nicht ausdrücklich festgelegt ist, ist der Lieferant verpflichtet, die Lieferung für den Transport so zu verpacken oder abzusichern, dass es beim Transport einschließlich der Be- und Entladung zu keiner Beschädigung oder Wertminderung der Lieferung kommen kann. Beim Verpacken und Absichern für den Transport ist der Lieferant verpflichtet, eventuelle Hinweise der Gesellschaft und nachfolgend angeführte Bedingungen zu berücksichtigen.
- 13.3 Die Verpackung muss eine sichere Lagerung der gelieferten Gegenstände ohne Qualitätsverlust ermöglichen. Auf der Verpackung müssen an einer gut sichtbaren Stelle Hinweise für eine sichere Handhabung, d. h. vor allem Handhabungszeichen für die Kennzeichnung von Transportverpackungen, Identifi-

fizierungskennzeichen von Mehrweg-Verpackungen und die von Rechtsvorschriften, betreffend die Herstellung, Nutzung und anderen Umgang mit dem Leistungsgegenstand, z. B. die gefährlichen und toxischen Stoffe regelnden Rechtsvorschriften, geforderten Kennzeichnungen angeführt sein. An einer gut sichtbaren und zugänglichen Stelle muss der Lieferschein angebracht sein. Der Lieferschein hat die Bezeichnung des Lieferanten und der Gesellschaft, die Anlieferadresse laut Bestellung, die Bestellnummer, Angaben über Menge und Packungsinhalt im Einklang mit der im Vertrag angeführten Kennzeichnung und Gliederung zu enthalten.

- 13.4 Die Verpackung muss eine Angabe des Bruttogewichts und der Ausmaße der Verpackung, markiert durch ein Schild, eine Farbe oder auf eine andere deutliche und lesbare Art und Weise, enthalten. Eine Lieferung ohne Erfüllung der in den Einkaufsbedingungen festgelegten Erfordernisse für Verpackung und deren Kennzeichnung gilt als mangelhaft. Der Lieferant erklärt mit dem Vertragsschluss, dass er die geltenden gesetzlichen Verpflichtungen zu Verpackungen, insbesondere nach dem Verpackungsgesetz und nach der Verpackungsverordnung in aktueller Fassung, erfüllt.

14. Gewerbliche Schutzrechte und Immaterialgüterrechte

- 14.1 Der Lieferant haftet dafür, dass durch die Lieferung und Benützung der Liefergegenstände Patente, Lizenzen, oder Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden. Etwaige Lizenzgebühren trägt der Lieferant.
- 14.2 Der Lieferant ist verpflichtet, die Gesellschaft von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen die Gesellschaft wegen der in diesem Punkt genannten Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und alle notwendigen Aufwendungen und sämtlichen Schaden im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten.
- 14.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche beträgt 10 Jahre, beginnend mit dem Abschluss des jeweiligen Vertrages. Die vorstehenden Ansprüche bestehen unabhängig von einem Verschulden des Lieferanten.
- 14.4 Der Lieferant verpflichtet sich, jede Dokumentation (insbesondere solche, die vom Lieferanten zwecks der Vertragserfüllung entwickelt wurde) oder Software, an deren Entwicklung die Gesellschaft beteiligt war oder die sie finanziert oder mitfinanziert hat, nicht zu veröffentlichen und keinen Dritten zugänglich zu machen oder zugunsten eines Dritten zu nutzen. Diese Dokumentation oder Software darf vom Lieferanten ausschließlich zur Vertragserfüllung verwendet werden. Nach der Vertragserfüllung oder dessen wie auch immer gearteten Erlöschen ist der Lieferant verpflichtet, die Dokumentation oder den Softwarequellcode der Gesellschaft unentgeltlich zu übergeben, das Eigentumsrecht daran an die Gesellschaft zu übertragen und sämtliche eventuelle Kopien (einschließlich der Datenkopien), die er zur Vertragserfüllung angefertigt hat, zu vernichten.
- 14.5 Der Lieferant erklärt, dass sämtliche Leistungsbestandteile, auf die sich Rechte aus gewerblichen oder anderen geistigen Eigentumsrechten beziehen, ab dem Tag der Übernahme der Gesellschaft zustehen. Die Rechte, die der Gesellschaft nach dem ersten Satz zustehen umfassen das alleinige, unbeschränkte Recht zur Nutzung im weitest möglichen Sinne im Einklang mit den einschlägigen Rechtsregelungen der jeweiligen Art des gewerblichen oder geistigen Eigentums. Das Recht zur Nutzung dieser Sachen ist zeitlich und territorial nicht begrenzt, es wird als unentgeltliches und übertragbares Recht mit Unterlizenzrecht und ohne Zustimmung des Urhebers oder Besitzers des gewerblichen oder geistigen Eigentums abtretbares Recht übertragen. Jedes Entgelt für die Gewährung dieser Rechte ist im vertraglich vereinbarten Preis enthalten.

15. Eigentumsvorbehalt/Abtretung

- 15.1 Die Gesellschaft behält sich Eigentums- und Urheberrechte an Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen, die einen Bestandteil oder eine Anlage des Vertrages bilden oder dem Lieferanten während der Durchführung des jeweiligen Vertrages übergeben werden, vor. Diese Unterlagen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Gesellschaft keinen Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich für die Durchführung des bestehenden Vertrages zu verwenden und dürfen nicht für andere gewerbliche Zwecke oder Auftraggeber des Lieferanten verwendet werden. Nach Vertragsabwicklung sind diese unaufgefordert an die Gesellschaft zurückzugeben. Dritten gegenüber sind sie geheim zu halten und zwar auch nach Beendigung des Vertrags; insoweit gelten ergänzend die Regelungen in Z. 17 (Geschäftsgeheimnis und Verschwiegenheit/ Datenschutz). Die Geheimhaltungspflicht erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- 15.2 Die vorstehenden Bestimmungen in Z. 15.1 gelten entsprechend für Stoffe und Materialien, (z. B. Software-, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die die Gesellschaft dem Lieferanten zur Herstellung bereitstellt. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Lieferanten gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- 15.3 Die Übereignung der Ware auf die Gesellschaft hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nimmt die Gesellschaft jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Lieferanten auf

Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Lieferanten spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Die Gesellschaft bleibt im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

- 15.4 Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Lieferanten wird für die Gesellschaft vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch die Gesellschaft, so dass sie als Hersteller gilt und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwirbt.
- 15.5 Der Lieferant ist nicht berechtigt Forderungen aus der Geschäftsbeziehung an Dritte ganz oder teilweise abzutreten, es sei denn, die Abtretung erfolgt mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gesellschaft.

16. Qualitätssicherung/Qualität

- 16.1 Über die vorstehenden Bestimmungen hinaus haben alle Lieferungen bzw. Leistungen im Einklang mit sämtlichen gesetzlichen Bestimmungen, technischen Anforderungen sowie einschlägigen technischen und Sicherheitsnormen zu erfolgen, die sich auf den Vertragsgegenstand beziehen, und zwar sowohl im Einklang mit zwingenden als auch empfehlenden Normen. Materielle und immaterielle Gegenstände, die Teil der Lieferungen sind, dürfen nicht durch Rechtsmängel, wie z. B. durch Pfandrechte, belastet sein.
- 16.2 Der Lieferant wird die Qualitätssicherung und Einhaltung von anderen Managementprozessen in Abhängigkeit von der Art und dem Umfang der Lieferung bzw. Leistung, die dem neuesten Stand der Technik ebenso wie juristischen und anderen Anforderungen entsprechen werden, sichern. Der Lieferant ist verpflichtet, diese Tatsache auf Wunsch der Gesellschaft nachzuweisen oder der Gesellschaft die Durchführung einer Qualitätsprüfung, bzw. eine Prüfung des Managementsystems zu ermöglichen. Bei Bedarf schließt der Lieferant mit der Gesellschaft eine entsprechende Vereinbarung über die Sicherung der Qualität und zusammenhängender Prozesse ab.
- 16.3 Gelieferte Produkte, Komponenten und zu deren Herstellung verwendete Teile müssen neu, unbenutzt, unbeschädigt und aus Qualitätsmaterialien angefertigt sein. Falls diese aufgrund von Mustern, Entwürfen oder Zeichnungen durchgeführt werden, müssen sie diesen Mustern oder Zeichnungen vollständig entsprechen.
- 16.4 Der Lieferant ist verpflichtet, der Gesellschaft spätestens zum Zeitpunkt der ordentlichen Übergabe der Lieferung das Herkunftsland der verwendeten Materialien oder Teile mitzuteilen.
- 16.5 Der Lieferant ist verpflichtet, während der Haftungsfrist ein Managementsystem mindestens in dem Umfang und in der Qualität aufrechtzuerhalten, wie es zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit der Gesellschaft war.

17. Geschäftsgeheimnis und Verschwiegenheit/Datenschutz

- 17.1 Sämtliche von der Gesellschaft dem Lieferanten gewährten Informationen, sowie das Vertragsverhältnis an sich, gelten als vertraulich und als Geschäftsgeheimnisse. Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche Unterlagen und Informationen, die er von der Gesellschaft zwecks Durchführung der Lieferung erhält, streng geheim zu halten. Eine Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet. Ausgenommen davon ist eine gesetzliche Herausgabeverpflichtung des Lieferanten, in einem solchen Fall wird der Lieferant, sofern gesetzlich zulässig, die Gesellschaft vorab umgehend informieren. Einer vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung bedarf es, wenn Informationen des Lieferanten an seine Subunternehmer weitergegeben werden sollen. Der Lieferant haftet gegenüber der Gesellschaft für sämtliche aus der Übertretung dieser Bestimmung entstandene Schäden und Beeinträchtigungen. Der Lieferant hat über alle Unterlagen und (auch mündlich erteilte) Informationen, die den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft betreffen, Dritten gegenüber strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt, wenn und soweit das in den überlassenen Betriebsmitteln bzw. den überlassenen Zeichnungen, Entwürfen, Beschreibungen und sonstigen Unterlagen enthaltene Fertigungswissen allgemein bekannt geworden ist. Der Lieferant hat dafür Sorge zu tragen, dass diese Geheimhaltungsverpflichtung auch von seinen Mitarbeitern und sonstigen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen eingehalten wird. Die vorstehende Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- 17.2 Der Lieferant leistet gewährt, dass sämtliche personenbezogenen Daten aus dem Vertragsverhältnis nach den geltenden Datenschutzbestimmungen verarbeitet werden. Die Gesellschaft als Verantwortlicher wird im Sinne der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EU) Nr. 2016/679 (DSGVO) im Umfang, der für eine ordentliche Erfüllung der Verpflichtungen erforderlich ist, sowie zum notwendigen Schutz der Rechte der Gesellschaft aus abgeschlossenen Verträgen die im betreffenden Vertrag (Bestellung) angeführten personenbezogenen Daten im erforderlichen Umfang nutzen, und zwar im Einklang mit den in der Gesellschaft eingeführten Standards, um die aus der DSGVO festgelegten Bedingungen zu erfüllen.

18. Vertragsdauer und Beendigung

- 18.1 Der Vertrag kommt durch Bestellung und Annahme nach Maßgabe von Z. 2 zustande und endet mit der Erfüllung der letzten Leistungspflicht des Lieferanten, ohne dass es einer Kündigung bedarf, es sei denn etwas anderes ist vereinbart.
- 18.2 Beide Parteien haben das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu beenden. Ein wichtiger Grund besteht beim Vorliegen von Tatsachen, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen der Parteien die Fortsetzung des Vertrags nicht zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund für die fristlose Kündigung durch die Gesellschaft kann auch dann vorliegen, wenn der Lieferant wesentliche Vertragspflichten schuldhaft verletzt. Sofern der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag besteht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn besondere Umstände (z. B. ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung) rechtfertigen die sofortige Kündigung, und kann die Kündigung nur innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis der zur Kündigung berechtigenden Tatsachen erfolgen (Kündigungserklärungsfrist). Erfolgt die Kündigung aus einem wichtigen Grund, den der Lieferant zu vertreten hat, hat dieser bereits von der Gesellschaft geleistete Zahlungen für Lieferungen oder Leistungen, die nicht abgeschlossen sind und für die die Gesellschaft keine Verwendung hat, innerhalb von 30 Kalendertagen ab Zugang der Kündigung an die Gesellschaft zurück zu erstatten; die Erstattung erfolgt für die Gesellschaft kostenneutral. Schadensersatzansprüche statt der Leistung oder andere gesetzliche Ansprüche der Gesellschaft bleiben hiervon unberührt. Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund besteht kein Anspruch des Lieferanten auf Schadensersatz aufgrund dieser Kündigung. Erfolgt die Kündigung jedoch aus Gründen, die der Lieferant nicht zu vertreten hat und die keine höhere Gewalt darstellen, hat der Lieferant einen Restabgeltungsanspruch nach Z. 18.4.
- 18.3 Wird über das Vermögen des Lieferanten das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt sowie in vergleichbaren Fällen, hat die Gesellschaft das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund.
- 18.4 Die Gesellschaft ist berechtigt, den Vertrag gegenüber dem Lieferanten jederzeit ganz oder teilweise außerordentlich zu kündigen, wenn die bestellte Lieferung oder Leistung nach Beurteilung der Gesellschaft aufgrund von nach Vertragsschluss eingetretenen Umständen nicht mehr verwendet werden kön-

nen. Der Lieferant hat in diesem Fall Anspruch auf Restabgeltung in Höhe der Vergütung für erbrachte Teilleistungen, wobei der Wiederverkaufswert anrechenbar ist, zuzüglich Erstattung der unvermeidbaren Selbstkosten für halbfertige und angearbeitete Teile zuzüglich des hierauf entfallenden Gewinnsatzes, ist ein solcher nicht vereinbart zuzüglich 4 v.H. Alle aus dem Vertrag zu leistenden Zahlungen einschließlich der Restabgeltung dürfen den Betrag nicht übersteigen, der dem Lieferanten bei Erfüllung des ungekündigten Vertrages zugestanden hätte. Der Lieferant hat die Tatsachen nachzuweisen, die die geltend gemachten Forderungen begründen. Der Lieferant muss sich auf die Restabgeltung dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Beendigung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder böswillig zu erwerben unterlässt.

- 18.5 Jede Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform i.S.d. § 126 BGB.

19. Schlussbestimmungen

- 19.1 Für diese Einkaufsbedingungen und die Vertragsbeziehung zwischen der Gesellschaft und dem Lieferanten gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- 19.2 Ist der Lieferant Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten der Sitz der Gesellschaft. Entsprechendes gilt, wenn der Lieferant Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Die Gesellschaft ist jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen Einkaufsbedingungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Lieferanten zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.
- 19.3 Der Vertrag ist für die Rechtsnachfolger beider Vertragsparteien verbindlich. Die Vertragsparteien sind nur an solche Handelsbräuche gebunden, die sie schriftlich vereinbaren.
- 19.4 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen sind in verschiedenen Sprachfassungen abrufbar, wobei im Falle von Widersprüchlichkeiten oder Auslegungsunterschieden die deutsche Sprachfassung für die Auslegung maßgeblich ist.